



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat

10.5120.02 / 10.5261.02

WSU/P105120 P105261
Basel, 6. Juni 2012

Regierungsratsbeschluss
vom 5. Juni 2012

Anzug Oswald Inglin und Konsorten betreffend eines kantonalen Berichts zur Armut

Anzug Beatrice Alder und Konsorten betreffend Struktur, Problemfelder und Handlungsbedarf in der aktuellen Armutspolitik

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 9. Juni 2010 den nachstehenden Anzug Oswald Inglin dem Regierungsrat zum Bericht überwiesen:

„Die Armut in der Schweiz und in unserem Kanton nimmt zu. Ausmass, Entwicklung, Ursachen und Wirkungen werden jedoch kaum systematisch erfasst. Das Thema "Armut" ist in der breiteren Öffentlichkeit weitgehend tabu.

Aus verschiedenen Untersuchungen wissen wir, dass Armut unterschiedliche Ursachen hat: Wirtschaftliche Entwicklung, Arbeitslosigkeit und Aussteuerung spielen eine wichtige Rolle; mangelnde Ausbildung haben einen grossen Einfluss auf die Armut; Frühförderung und die Familienpolitik sind entscheidend, ob Armut "vererbt" wird; die Steuerpolitik hat Einfluss auf das verfügbare Einkommen; Menschen mit Migrationshintergrund haben im Allgemeinen geringere Chancen auf dem Arbeits- und Lehrstellenmarkt; Raumplanung hat Einfluss auf Integration oder Ausgrenzung von Armutsbetroffenen. Kurz: Armut und Armutsbekämpfung sind ein Querschnittsthema.

Mit der raschen Zunahme der Arbeitslosigkeit und der Zahl von ausgesteuerten Menschen steigt das Armutsrisiko gegenwärtig stark an. Es ist davon auszugehen, dass die Zahl der Menschen, die Sozialhilfe beanspruchen müssen, in den nächsten Jahren ebenfalls stark zunehmen wird. Die Armutproblematik wird sich verschärfen, die Sozialhilfeausgaben entsprechend wachsen.

Um eine kohärente Politik in der Armutsbekämpfung möglich zu machen, ist es deshalb notwendig, dass der Kanton jährlich die Entwicklung der Armut und deren Ursachen systematisch darstellt und benennt. Gleichzeitig sollen auch die negativen Folgen der Armut dargestellt werden. Nur so ist es möglich, dass die Politik gezielt präventive Massnahmen zur Vermeidung von Armut treffen und für Armutsbetroffene adäquate Integrations- und Förderungsmassnahmen bereitstellt.

Nicht zuletzt ist auch das Europäische Jahr zur Bekämpfung der Armut Anlass für die Einreichung dieses Anzugs. Zudem führt ein schweizerisches Hilfswerk eine grosse nationale Kampagne zur Armutsbekämpfung in unserem Land durch. Neben dem Kanton Basel-Stadt wurden und werden in 14 anderen Kantonsparlamenten inhaltsähnliche politische Vorstösse eingereicht, so etwa im Kanton Basel-Landschaft ein Postulat im Januar dieses Jahres.

Die Unterzeichneten bitten die Regierung zu prüfen und zu berichten, ob ein jährlicher kantonaler Armutsbericht erstellt werden kann.

Oswald Inglin, Helen Schai-Zigerlig, Christoph Wydler, Thomas Grossenbacher, Elisabeth Ackermann, Maria Berger-Coenen, Doris Gysin, Rolf von Aarburg, Martina Bernasconi, Remo Gallacchi, Jürg Meyer, Lukas Engelberger, Eveline Rommerskirchen, Christine Heuss, Heiner Vischer“

Ebenso hat der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 17. November 2010 den nachstehenden Anzug Beatrice Alder überwiesen:

"Auslöser für diesen Anzug sind einerseits die Erkenntnisse, die der im Auftrag der CMS erstellte und der Öffentlichkeit übergebene Armutsbericht Basel-Stadt (Juni 2010) festhält und andererseits die Erinnerung an die damals vergleichbare Situation in der Drogenpolitik, die zu einem interdepartementalen Bericht führte, dem obiger Titel nachempfunden ist.

Die Unterzeichnenden bitten die Regierung zu prüfen und zu berichten, ob und wie ein solcher Bericht nicht nur jetzt erstmalig sondern in periodischen Wiederholungen erstellt werden könnte. Ziel dieses Berichtes soll sein, die im Armutsbericht aufgezeigten Erkenntnisse in politisches Handeln zu überführen und dieses regelmässig zu aktualisieren.

Beatrice Alder, Elisabeth Ackermann, Eveline Rommerskirchen, Greta Schindler, Brigitte Hollinger, Christine Keller, Peter Bochslar, Christoph Wydler, Bülent Pekerman, Felix W. Eymann, Loretta Müller, Jürg Meyer, Roland Lindner, Jörg Vitelli, André Weissen, Heidi Mück, Ursula Metzger Junco P., Doris Gysin, Christine Locher-Hoch, Annemarie Pfeifer"

Wir berichten zu diesen Anzügen wie folgt:

1. Ausgangslage

2010 war das europäische Jahr zur Bekämpfung der Armut. Zu diesem Anlass hat die Christoph Merian Stiftung CMS den "Armutsbericht Basel-Stadt" herausgegeben und verschiedene Organisationen (Caritas, Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS, Schweizerische SozialdirektorInnenkonferenz SODK) haben sich zu diesem Thema verlauten lassen. In diesem Kontext wurden auch die beiden oben aufgeführten Anzüge eingereicht. Die Anzugsstellerinnen und Anzugssteller bitten den Regierungsrat darin zu prüfen, ob ein jährlicher / periodischer Armutsbericht erstellt werden kann, der u. a. als Grundlage für politisches Handeln dienen soll.

Der baselstädtische Armutsbericht der CMS reiht sich ein in eine Serie kantonaler Armutsberichte, welche in den letzten Jahren entstanden sind (z.B. Bern 2010, Luzern 2006, Solothurn 2005). Basel-Stadt erhält darin grundsätzlich ein gutes Zeugnis, insbesondere was das Angebot an Beratungs- und finanziellen Unterstützungsleistungen angeht. Auch der Regierungsrat hat im Bericht zu den Anzügen Schiavi, Jans und Oetztürk vom 17. April 2012 auf das gut ausgebaute Basler Modell hingewiesen.

Basel-Stadt verfügt über ein breites Angebot von staatlichen, privaten und teilweise staatlich subventionierten Beratungsangeboten. Zudem unterstützt der Kanton einkommensschwache Haushalte mit verschiedenen bedarfsabhängigen Sozialleistungen. Mit Regierungsratsbe-

schluss vom 17. April 2012 hat der Regierungsrat zudem beschlossen, die finanziellen Unterstützungslösungen für Familien auszubauen. Er hat dazu insbesondere die Familienmietzinsbeiträge per 2013 ausgebaut.

2. Sozialberichterstattung Basel-Stadt

Das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU) hat am 18. Juni 2012 die neue Sozialberichterstattung des Kantons Basel-Stadt der Öffentlichkeit präsentiert (<http://www.statistik-bs.ch/publikationen/kennzahlen>). Mit dieser Berichterstattung soll der Politik und der Öffentlichkeit in Zukunft jährlich über die Leistungen des Kantons in der Sozialpolitik berichtet werden. Die neue Berichterstattung wurde vom Statistischen Amt in Zusammenarbeit mit dem WSU erstellt. Als Basis dienten die seit 2008 jährlich erscheinenden Sozialkennzahlen. Der Bericht ergänzt bereits bestehende Berichterstattungen wie die Steuerstatistik oder den Kennzahlenvergleich der Sozialhilfe (s. Links im Anhang) und gibt eine breite Übersicht über kantonale Leistungen sowie deren Bezügerinnen und Bezüger.

Im Unterschied zu den früheren Sozialkennzahlen beinhaltet die Sozialberichterstattung eine detailliertere Beschreibung der einzelnen Leistungen. Dazu gehören Ausführungen zur Leistung selbst, zu Anzahl und Struktur der Leistungsbezügerinnen und -bezüger sowie zu den kantonalen Ausgaben. Die Entwicklung der Anzahl Fälle sowie der Ausgaben wird – wo möglich – über die letzten elf Jahre dargestellt. Weiter werden neu auch die Leistungen der Behindertenhilfe, des Alimenteninkassos, des Kindes- und Jugendschutzes (AKJS), der Tagesstrukturen sowie vormundschaftliche Leistungen berücksichtigt. Ferner wurden die Hintergrundinformationen zum Thema Arbeitslosigkeit ausgebaut.

Zudem ist vorgesehen, jährlich zu einem spezifischen Schwerpunktthema zu berichten. Für diesen ersten Sozialbericht wurde das Thema der harmonisierten Sozialleistungen und des gleichzeitigen Bezugs verschiedener Leistungen ausgewählt. Auf der Basis der Harmonisierung der kantonalen bedarfsabhängigen Sozialleistungen im Jahr 2009 und der in diesem Zusammenhang errichteten Datenaustauschplattform, ist es erstmals möglich, Aussagen zu Haushalten zu machen, die 2011 mehrere so genannte harmonisierte Sozialleistungen (Alimentenbevorschussung, Ausbildungsbeiträge, Familienmietzinsbeiträge, Prämienverbilligung, Tagesbetreuung, ausserfamiliäre Unterbringung) in Anspruch genommen haben.

Die neue Sozialberichterstattung enthält zudem einleitend einen Überblick über das System der sozialen Sicherheit in der Schweiz. Erläutert wird das Zusammenspiel von auf Bundesebene geregelten Sozialversicherungen und kantonalen bedarfsabhängigen Sozialleistungen mit der Sozialhilfe als letztem Auffangnetz der sozialen Sicherheit.

2.1 Ausgewählte Ergebnisse

Schaut man die Grössenverhältnisse der Bedarfsleistungen an, ist die Prämienverbilligung (PV) diejenige Leistung, die den meisten Personen zu Gute kommt. Im Dezember 2011 erhielten 27'011 Personen in Basel-Stadt reine Prämienverbilligung. Dazu kamen 13'750 Personen, welche als Bezügerinnen und Bezüger von Ergänzungsleistungen zur AHV/IV PV er-

hielten, sowie 11'391 Personen, denen die PV via Sozialhilfe ausgerichtet wird. Somit erhielten rund 27 Prozent der Bevölkerung Prämienverbilligung.

Auch frankenmässig sind die Leistungsbereiche Prämienverbilligung, Ergänzungsleistungen zur AHV, Ergänzungsleistungen zur IV und Sozialhilfe mit je zwischen CHF 107.7 und 115.0 Mio. pro Jahr die ausgabenstärksten Leistungen. Es folgt die ausserfamiliäre Unterbringung von Kindern und Jugendlichen durch die Abteilung Kindes- und Jugendschutz mit CHF 48.2 Mio.

Das Schwerpunktkapitel zu den harmonisierten Sozialleistungen zeigt auf, dass die Prämienverbilligung und die Tagesbetreuung mehrheitlich als jeweils einzige Leistung bezogen werden (PV: 80%, TB: 60%). Im Unterschied dazu erhalten Haushalte mit Familienmietzinsbeiträgen, Ausbildungsbeiträgen oder Alimentenbevorschussung meist noch eine oder mehrere weitere Leistungen.

Schaut man die verschiedenen Kombinationen von Mehrfachbezug an, fällt auf, dass 30% der Haushalte, welche mehr als eine Leistung erhalten, gleichzeitig PV und Familienmietzinsbeiträge (FAMI) beziehen. Es folgt mit 21% die Kombination von Ausbildungsbeiträgen und PV. Werden drei Leistungen bezogen, so ist die häufigste Kombination FAMI, PV und Tagesbetreuung.

Je nach Zusammensetzung unterscheiden sich die Haushalte stark darin, welche Leistungskombination sie in Anspruch nehmen. Die Haushalte mit Mehrfachbezug setzten sich Ende 2011 zu 54% aus Zweielternfamilien, zu 38% aus Einelternfamilien, zu 7% aus Einzelpersonen und zu 1% aus Paaren ohne Kinder zusammen. Dass vor allem Familien mehrere Leistungen erhalten, erklärt sich damit, dass die meisten Leistungen daran gekoppelt sind, dass Kinder vorhanden sind (z. B. Familienmietzinsbeiträge, Tagesbetreuung). Ein- und Zweielternfamilien unterschieden sich dadurch, dass Zweielternfamilien wesentlich häufiger (45%) Familienmietzinsbeiträge und Prämienverbilligung (ohne weitere Leistung) erhielten als Einelternfamilien (17%). Diese empfingen hingegen deutlich häufiger Alimentenbevorschussung (ABV) zusammen mit PV (10%) oder übrige Kombinationen wie ABV-FAMI-PV, ABV-PV-TB, ABV-FAMI-PV-TB.

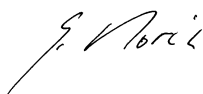
2.2 Fazit

Der Bericht gibt erstmals eine breite Übersicht über verschiedene Leistungen und deren Beanspruchung durch verschiedene Personengruppen über die Zeit. Im Zentrum stehen Leistungen zur Armutsverhinderung bzw. zur Unterstützung finanzschwacher Haushalte. Nicht nur finanzielle Leistungen werden dabei dargestellt, sondern auch Betreuungs- und Beratungsleistungen wie zum Beispiel vormundschaftliche Massnahmen und die Jugendhilfe. Es handelt sich dabei um Leistungen und Massnahmen des WSU sowie des Erziehungsdepartements. Um dieser erweiterten Sichtweise Rechnung zu tragen, wird nicht von Armut- sondern von Sozialberichterstattung gesprochen.

3. Antrag

Auf Grund dieses Berichts beantragen wir Ihnen, die Anzüge Oswald Inglin und Konsorten betreffend eines kantonalen Berichts zur Armut und Beatrice Alder und Konsorten betreffend Struktur, Problemfelder und Handlungsbedarf in der aktuellen Armutspolitik als erledigt abzuschreiben.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatschreiberin

Links:

Sozialberichterstattung BS 2011: www.statistik-bs.ch/publikationen/kennzahlen

Steuerstatistik BS 2012: www.statistik-bs.ch/publikationen/analysen/steuerstatistik

Familienbefragung BS 2009: www.statistik-bs.ch/publikationen/befragungen/familien

Kennzahlenvergleich zur Sozialhilfe 2010:

http://www.sozialhilfe.bs.ch/kennzahlenbericht_2010.pdf